

- Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

- | | | |
|--|--|-------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss | <u>Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung</u> | <u>12.09.2007</u> |
| <input type="checkbox"/> Fachausschuss | _____ | _____ |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kreisausschuss | _____ | <u>18.09.2007</u> |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kreistag | _____ | <u>26.09.2007</u> |

Inhalt:

Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2006

Wenn Kosten entstehen:

Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €			

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2006 zur Kenntnis.

zuständiges Amt:

Finanzen u. Beteiligungsmanagement

Karin Buhrtz
Amts-/Referatsleiter

Marita Rudick
Dezernent

Klemens Schmitz
Landrat

abgestimmt mit Dez./Amt/Ref.:	Name	Unterschrift
Beteiligungsmanagement	Thomas Hoffmann	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Laut Beschluss- vorschlag	Abweichender Be- schluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
FRA	12.09.07						
Kreisausschuss	18.09.07						
Kreistag	26.09.07						

Begründung:

Der Landkreis hat gem. § 105 der Gemeindeordnung (GO) i. V. m. § 63 der Landkreisordnung (LKrO) zur Information der Mitglieder des Kreistages und der Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und fortzuschreiben.

Grundlage für diesen Bericht sind die geprüften und bestätigten Jahresabschlüsse zum 31.12.2006.

Im ersten Teil werden in einem Kurzüberblick alle relevanten Informationen zusammengefasst. Im zweiten Teil erfolgt eine ausführliche Darstellung der Beteiligungsunternehmen. Zielstellung ist eine leicht verständliche Information für die Abgeordneten und Einwohner.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften und die Kreditaufnahme enthalten. Darüber hinaus enthält der Beteiligungsbericht auch Auszüge zum Geschäftsverlauf und über wichtige Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse oder wichtige Beschlüsse.

Der Beteiligungsbericht ist gem. § 105 Abs. 3 GO der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen. Ebenso wird der Beteiligungsbericht auch dem Landesrechnungshof vorgelegt.

Zur Information der Einwohner des Landkreises liegt der Bericht in der Bürgerberatung zu den offiziellen Sprechzeiten öffentlich aus. Nach Kenntnisnahme durch den Kreistag wird der Beteiligungsbericht auf den Internetseiten des Landkreises im elektronischen Lese-raum eingestellt.

Zur Information der Mitglieder des Kreistages wird der Beteiligungsbericht in Form einer Berichtsvorlage eingebracht.

Anlage: Beteiligungsbericht



**Beteiligungsbericht
des
Landkreises Uckermark
zum Stichtag 31.12.2006**

Prenzlau, Juli 2007

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2006 ...	3
1.2	Sitz und Anschrift der Unternehmen	4
1.3	Ausgewählte Unternehmensdaten zum Stichtag 31.12.2006.....	5
1.4	Wichtige Veränderungen der Beteiligungen des Landkreises an privatrechtlichen Unternehmen im Jahr 2006 und darüber hinaus	6
1.5	Zahlungen aus dem Kreishaushalt (Eigenanteil des Landkreises) an beteiligte Unternehmen im Haushaltsjahr 2006.....	8
2	Unternehmensdarstellung zum Stichtag 31.12.2006	9
2.1	Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH	9
2.2	Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde	14
2.3	Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH	18
2.4	Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH.....	23
2.5	Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH	28

1 Einleitung

1.1 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2006

Verkehr

UVG	PVG	VBB
Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH GF: Hartwig Winands	Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde GF: Jürgen Crusius	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH GF: Hans-Werner Franz
Beteiligung: 100,00 %	Beteiligung: 50,00 %	Beteiligung: 1,85 %

Abfallentsorgung

Gesundheit

UDG	GLG	
Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH GF: Thomas Hacker	Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH GF: Harald Kothe-Zimmermann Matthias Lauterbach Ingrid Greschus	
Beteiligung: 100,00 %	Beteiligung: 25,10 %	

1.2 Sitz und Anschrift der Unternehmen

UVG

**Uckermärkische
Verkehrsgesellschaft mbH**

Hans-Philipp-Straße 2
17268 Templin
www.uvg-templin.de

VBB

**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg GmbH**

Hardenbergplatz 2
10623 Berlin
www.vbbonline.de

PVG

**Personenverkehrsgesellsch.
mbH Schwedt/Angermünde**

Steinstraße 5
16303 Schwedt/Oder
www.wirbewegensie.de

UDG

**Uckermärkische
Dienstleistungsgesell. mbH**

Franz-Wienholz-Straße 25a
17291 Prenzlau
www.udg-uckermark.de

GLG

**Gesellschaft für Leben und
Gesundheit mbH**

Rudolf-Breitscheid-Straße 100
16225 Eberswalde
www.glg-mbh.de

1.3 Ausgewählte Unternehmensdaten zum Stichtag 31.12.2006

	Anteil Landkreis Uckermark	Stammkapital	Bilanzsumme	Eigenkapital	Umsatz	Jahresüber- schuss/- fehlbetrag
	Prozent/ EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Uckermärkische Verkehrs- gesellschaft mbH	100,00 % 51.150,00 EUR	51.150,00	6.866.139,16	4.047.837,56	5.626.566,68	0,00
Personenverkehrsgesell- schaft mbH Schwedt/Angermünde	50,00 % 12.782,30 EUR	25.564,59	9.975.258,30	7.033.787,47	5.394.395,79	137.992,12
Verkehrsverbund Berlin- Brandenburg GmbH	1,85 % 6.000,00 EUR	324.000,00	2.609.623,55	324.000,00	924.966,94	0,00
Uckermärkische Dienstleis- tungsgesellschaft mbH	100,00 % 25.600,00 EUR	25.600,00	7.746.671,22	1.839.577,90	12.454.091,99	117.389,11
Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH	25,10 % 12.550,00 EUR	50.000,00	17.159.332,39	16.256.449,94	2.214.042,63	390.481,26

1.4 Wichtige Veränderungen der Beteiligungen des Landkreises an privatrechtlichen Unternehmen im Jahr 2006 und darüber hinaus

GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH

2006 wurden die Beschlüsse des Kreistages vom 09.11.2005 vollzogen. Bereits im Dezember 2005 hat der Landkreis Uckermark als alleiniger Gesellschafter der MSZ gGmbH mit einem Stammkapital von 2.469.550,00 EUR seinen Geschäftsanteil durch Einbringungsvertrag vom 22.12.2005 als Sacheinlage auf die GLG übertragen. Anlässlich der Aufnahme des Landkreises Uckermark als weiteren Gesellschafter wurde im Dezember 2005 eine Erhöhung des Stammkapitals der GLG um 24.435,41 auf 50.000,00 € beschlossen. Die Erhöhung des Stammkapitals wurde am 27.01.2006 in das Handelsregister eingetragen und ist in der Bilanz zum 31.12.2006 als gezeichnetes Kapital ausgewiesen.

UVG Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH

Mit Beschluss des Kreistages vom 26.04.2006 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst. Die Eintragung beim Handelsregister erfolgte am 14.07.2006. Der Aufbau des Gesellschaftsvertrages erfolgt nach dem Grundschemata: Der Gesellschafter trifft Grundsatzentscheidungen und alle ihm per Gesetz vorbehaltenen Entscheidungen, der Aufsichtsrat überwacht, steuert und berät die Geschäftsführung und die Geschäftsführung entscheidet in eigener Verantwortung über den laufenden Geschäftsbetrieb. Die wichtigsten Änderungen betreffen folgende Punkte:

In § 2 des Gesellschaftsvertrages wurde der Zweck in Abs. 1 neu formuliert und an die Regelungen des ÖPNV-Gesetzes angepasst. Das Betätigungsfeld der Gesellschaft ändert sich dadurch nicht.

Das Stammkapital wurde von 100.000,- DM auf 51.150,- Euro umgestellt und geglättet. Dazu erfolgte eine Stammkapitalerhöhung von 20,81 Euro aus dem Kreishaushalt.

Statt des bisherigen Verwaltungsrates wird wie bei allen anderen Gesellschaften, an denen der Landkreis beteiligt ist, ein Aufsichtsrat als Aufsichtsorgan für die Geschäftsführung eingesetzt. Der generellen Linie des Landkreises folgend, bekommt der Aufsichtsrat mehr Gewicht und Verantwortung bei der Steuerung der Gesellschaft, als dies vorher beim Verwaltungsrat der Fall war. Die Mitgliederzahl des Aufsichtsrates wurde von 7 auf 9 erhöht. Dabei werden von der Verwaltung 2 Sitze besetzt (bisher nur 1 Sitz). Der Betriebsrat ist weiter mit einem Mitglied vertreten. Dominiert wird der Aufsichtsrat weiter von den 6 (vorher 5) zu entsendenden Kreistagsmitgliedern.

Neu aufgenommen in den Gesellschaftsvertrag wurden die Prüfrechte nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz für das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises.

Technologie- und Gründerzentrum GmbH der Region Uckermark

Der Kreistag des Landkreises Uckermark hat mit Beschluss Nr. 87/2006 am 13.09.2006 die Beteiligung an der „Technologie- und Gründerzentrum GmbH für die Region Uckermark“ zum 01.01.2007 beschlossen. Die Umsetzung des Beschlusses erfolgte durch Beurkundung der Gesellschafterversammlung und des Verkaufs- und Abtretungsvertrages über Geschäftsanteile am 12. Dezember 2006 durch die Notarin Frau Ingrid Möhwald in Schwedt/Oder. Die Genehmigung der Beteiligung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erfolgte am 16.07.2007

Nach Prüfung der bisherigen Strukturierung der Wirtschaftsförderung in Stadt- und Kreisverwaltung stellte sich die Beteiligung am Dienstleistungszentrum TGZ als inhaltlich sinnvollste und wirtschaftlich effizienteste Variante für den Landkreis dar. Schwedt ist industrieller Wirtschaftsstandort im Land Brandenburg und zugleich einziger Wachstumskern im Sinne der Regional- und Landesplanung in der Uckermark.

Mit der Neuausrichtung wurde der Gesellschaftsvertrag überarbeitet und das TGZ hat folgende neue Beteiligung:

Stadt Schwedt	46,91%	= €	12.150,00
Landkreis Uckermark	46,91%	= €	12.150,00
IHK Frankfurt /Oder	6,18 %	= €	1.600,00
Gesamtsumme		= €	25.900,00.

Der Gegenstand des Unternehmens gem. § 2 des Gesellschaftsvertrages entspricht § 2 der Landkreisordnung (LKrO) im Sinne der wirtschaftlichen Förderung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner:

- Gründer- und Innovationszentrum,
- Zentrum für Technologietransfer,
- Innovatives Gewerbezentrum sowie als
- Stätte der Schulung, Fortbildung und des Informationsaustausches für Existenzgründer und Unternehmen
- Förderung der Wirtschaft und Entwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur

Gemäß § 1 und § 2 des Gesellschaftsvertrages ist das TGZ nur für die Region Uckermark tätig.

1.5 Zahlungen aus dem Kreishaushalt (Eigenanteil des Landkreises) an beteiligte Unternehmen im Haushaltsjahr 2006

- **Bereich Öffentlicher Personennahverkehr (UVG, PVG und VBB)**

Im Bereich des ÖPNV erhalten die Unternehmen Zahlungen aus dem Kreishaushalt zur Sicherung der ausreichenden Bedienung bzw. zur Koordination des ÖPNV gemäß ÖPNV-Gesetz. Die Zahlungen sind anteilig durch Fördermittel auf Basis von landes- und bundesgesetzlichen Verordnungen und Gesetzen gedeckt. Der verbleibende Eigenanteil des Landkreises Uckermark betrug im Jahr 2006

2.435.294,63 EUR.

Eine detaillierte Darstellung kann im Haushaltplan des Landkreises Uckermark eingesehen werden.

- **Bereich Abfallentsorgung (UDG)**

Im Bereich der Abfallbeseitigung (Hausmüllentsorgung) sind die Ausgaben vollständig durch die Gebühren gedeckt. Es wird kein Zuschuss vom Landkreis gezahlt.

Im Bereich Deponiebetrieb sind die Ausgaben ebenfalls aus den laufenden Gebühreneinnahmen gedeckt.

Zur Rekultivierung von Deponien sind auf Vertragsbasis im Jahr 2006 an die UDG

4.829.061,25 EUR

gezahlt worden. Die Zahlung erfolgte aus der seit 1992 gebildeten Rekultivierungsrücklage.

Eine detaillierte Darstellung kann im Haushaltplan des Landkreises Uckermark eingesehen werden.

- **Bereich Gesundheitswesen (GLG)**

Im Jahr 2006 sind keine Zahlungen aus dem Kreishaushalt erfolgt.

2 Unternehmensdarstellung zum Stichtag 31.12.2006

2.1 Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH



Aufgabe:

Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge gemäß § 2 Abs. 1 Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz) vom 26.10.1995 in der derzeit geltenden Fassung.

Datum der Gründung:

19.12.1991 als Templiner Verkehrsbetrieb,
01.01.1997 als UVG

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Gemäß § 2 Abs. 1 Landkreisordnung i. V. m. § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz gehört der öffentliche Personennahverkehr zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte.

Gesellschaftszweck:

- Zweck der Gesellschaft ist die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen. Durch den ÖPNV soll den Einwohnern die Erreichbarkeit der Gemeinden und die Anschlussmöglichkeiten für andere Verkehrsarten im Landkreis Uckermark ermöglicht werden. Die Vorgaben des Nahverkehrsplans des Landkreises Uckermark in seiner jeweiligen Fassung sind zu beachten.
- Die Gesellschaft ist Inhaber der Linienkonzessionen nach § 42 Personenbeförderungsgesetz.

- Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Linien-, Schüler- und Berufsverkehr sowie die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Uckermark.

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital: 51.150,00 EUR
Gesellschafter LK UM = 100% am Stammkapital

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführer:

Herr Hartwig Winands

Gesellschafterversammlung:

Her Landrat Klemens Schmitz

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern: der Landrat sowie ein von ihm Beauftragter, sechs vom Kreistag entsandte Personen und ein Arbeitnehmervertreter:

Herr Landrat Klemens Schmitz (Vorsitzender)

Herr Wolfgang Hoffmann (MdK, Stellvertreter)

Frau Marita Förster (AN-Vertreter)

Frau Dr. Johanna Goldberg (MdK)

Frau Marita Rudick (2. Beigeordnete)

Herr Andreas Brandt (MdK)

Herr Heinz Gottschalk (MdK)

Herr Detlef Schenk (MdK)

Herr Hans-Jürgen Waldow (MdK)

Beschäftigte:

Beschäftigte 138, Auszubildende 21

UVG in Zahlen

AKTIVA	31.12.2006		2005
	€	€	T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen u. ähnliche Rechte		55.266,00	79,7
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, Bauten, Außenanlagen	1.217.102,25		1.287,3
2. technische Anlagen u. Maschinen	46.292,00		42,0
3. Fahrzeuge Personenverkehr	1.910.995,00		2.374,0
4. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.876,00		335,8
5. Anlagen im Bau	0,00		2,6
		<u>3.427.265,25</u>	<u>4.041,7</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Hilfs- u. Betriebsstoffe	61.942,82		51,7
2. Waren	97.468,50		162,2
		159.411,32	213,9
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	213.245,89		172,1
2. sonstige Vermögensgegenstände	364.574,65		295,2
		577.820,54	467,3
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.641.067,05	2.812,7
C. Rechnungsabgrenzungsposten		5.309,00	5,8
		<u>6.866.139,16</u>	<u>7.621,1</u>
<hr/>			
PASSIVA			
	€	€	T€
A. Eigenkapital			
I. gezeichnetes Kapital	51.150,00		51,1
II. Kapitalrücklage	3.292.666,34		3.292,7
III. Gewinn-/Verlustvortrag	704.021,22		704,0
IV. Jahresüberschuß	0,00		0,0
		4.047.837,56	4.047,8
B. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen	164.960,00		148,3
2. sonstige Rückstellungen	1.205.946,00		1.093,4
		1.370.906,00	1.241,7
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.015.386,75		1.585,6
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	138.411,97		315,6
3. sonstige Verbindlichkeiten	293.596,88		430,4
		<u>1.447.395,60</u>	<u>2.331,6</u>
		<u>6.866.139,16</u>	<u>7.621,1</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
1.1.- 31.12.2006

	1.1. - 31.12.2006		2005
	€	€	T€
1. Umsatzerlöse		5.626.566,68	5.839,6
2. sonstige betriebliche Erträge		<u>3.543.402,12</u>	<u>3.415,4</u>
		9.169.968,80	9.255,0
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren	-194.648,09		-230,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.150.146,95		-1.127,6
c) Fuhrparkaufwendungen	<u>-1.600.969,22</u>		<u>-1.620,6</u>
		<u>-2.945.764,26</u>	<u>-2.978,7</u>
4. Rohergebnis		<u>6.224.204,54</u>	<u>6.276,3</u>
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-3.571.102,61		-3.634,7
b) soziale Abgaben	<u>-1.005.863,35</u>		<u>-924,1</u>
		-4.576.965,96	-4.558,8
6. Abschreibungen			
a) auf Sachanlagen		-674.438,16	-761,2
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		-949.636,66	-930,8
8. Zinsen und ähnliche Erträge		54.101,77	44,6
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>-61.246,43</u>	<u>-80,2</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>16.019,10</u>	<u>-10,1</u>
11. außerordentliche Erträge		<u>0,00</u>	<u>25,9</u>
12. außerordentliches Ergebnis		<u>0,00</u>	<u>25,9</u>
13. sonstige Steuern		<u>-16.019,10</u>	<u>-15,8</u>
14. Jahresüberschuß		<u>0,00</u>	<u>0,0</u>

Auszug Geschäftsverlauf

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Der Öffentliche Personennahverkehr befindet sich im Wandel in Gesamteuropa. Die Privatisierung von Verkehrsunternehmen sowie die Neustrukturierung sind mit unterschiedlichem Erfolg an der Tagesordnung. Trotz sinkender Förderung für den ÖPNV konnte die UVG im Jahr 2006 ein gutes Bilanzergebnis vorweisen. Als negative Faktoren gelten die Entwicklung der Treibstoffkosten sowie die Inflationsrate für die Entwicklung im Unternehmen.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Wesentlichen erzielt das Unternehmen seinen Umsatz aus drei Aufgabengebieten:

- a) *Öffentlicher Personennahverkehr*
- b) *Werkstattleistungen*
- c) *Vertragsverkehr*

Der Vertragsverkehr beinhaltet

- *den freigestellten Schülerverkehr*
- *den Schienenersatzverkehr und natürlich auch*
- *den Gelegenheitsverkehr.*

Eine besondere Art des Vertragsverkehrs sind die Busersatzverkehre, die seit dem 10. Dezember 2006 zwischen Templin und Joachimsthal verkehren. Hierzu wird entsprechend einer Landesrichtlinie eine Abrechnung der vereinbarten Leistungen vorgenommen, die einen besonderen Ausgleich zur Defizitabdeckung beinhaltet. Das Kerngeschäft des Unternehmens ist natürlich der Öffentliche Personennahverkehr, der mit 46 Linienkonzessionen und einem genehmigten Fahrplan durchgeführt wird. Die Umsatzentwicklung hierfür wird wesentlich durch die Verkehrstarife bestimmt. Die Entwicklung dieser Tarife wird jedoch stark von der Politik beeinflusst, und wir sind daher nicht immer in der Lage, die gesenkten Förderungen durch eine geschickte Tarifentwicklung zu kompensieren. Im Bereich der Vertragsverkehre bildet immer wieder der Schienenersatzverkehr das Zünglein an der Waage für die Verbesserung des Umsatzes auf diesem Gebiet. In den letzten Jahren unterlagen die Umsätze Schwankungen bis zu 100 T€. Wir können davon ausgehen, dass in Zukunft derart hohe Leistungen im Schienenersatzverkehr nicht wieder zu erwarten sind, da sich im Bedienungsgebiet der UVG kaum noch intakte Schienenwege befinden.

Verkehrsleistungen

Die nachfolgenden Verkehrsleistungen wurden mit 59 eigenen Fahrzeugen und 30 Fahrzeugen von Subunternehmern erbracht. Die eigenen Fahrzeugleistungen betragen im Jahresdurchschnitt 62.800 Kilometer je Fahrzeug. Diese erhebliche Leistung liegt weit über dem Durchschnitt der Bundesrepublik.

	2006		2005
	in 1000		in 1000
ÖPNV Beförderungsfälle	3.141,4		3.265,6
zuzüglich Sonderverkehr	126,2		105,2
ÖPNV Personenkilometer	61.599,7		63.023,5
zuzüglich Sonderverkehr	7.931,7		9.198,4
Fahrplankilometer	4.440,5		4.800,6
davon abgerechnete km Subunternehmer	880,0		851,6
Sonderverkehr (km)	339,7		322,8

Personalbereich

Das Personal setzt sich wie folgt zusammen:

Verkehrspersonal:	84
Technisches Personal:	15
Sonstiges technisches Personal:	6
Leitende Angestellte:	4
Kaufmännische Angestellte:	8

Entsprechend dem Qualitätsmanagement-System werden alle Mitarbeiter des Unternehmens zur „*Fachkraft im Verkehrsservice*“ ausgebildet und zertifiziert. Das Fahrpersonal wird regelmäßig durch 3 betriebseigene Trainer geschult mit dem Ziel, die Qualität im Umgang mit den Fahrgästen zu erhöhen. Das technische Personal wird planmäßig von Fahrzeugherstellern bzw. Lieferanten geschult. Die Ausbildung zu Verkehrsmeistern bzw. Kfz-Meistern gehört zum Programm der Ausbildung in der UVG. Jeder leitende Mitarbeiter belegt Seminare in Abstimmung mit der Geschäftsleitung mindestens 1 x jährlich.

Umwelt

Die Entsorgung von Abfällen ist vertraglich geregelt und wird durch die neu gegründete Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft organisiert. Das Umweltamt erhält von der UVG eine Abfallbilanz, in der die Abfallsituation dokumentiert ist. Besondere Umweltrisiken bestehen durch die auf den Betriebshöfen integrierten Tankstellen, aber auch durch die Abwasserentsorgung. Im Jahr 2006 wurden alle Kanäle und Abscheideranlagen überprüft. Die daraus resultierenden Instandsetzungsarbeiten werden im Anschluss durchgeführt, so dass eine Bewertung für das gesamte Netz vorliegt.

Wichtige Vorgänge und Risiken

Im Wirtschaftsjahr 2006 konnte die Einnahmenaufteilung im VBB auch für das Jahr 2003 endgültig abgeschlossen werden. Zum ersten Mal hatte die UVG in den Einnahmenaufteilungstopf einen Betrag einzahlen müssen. Da das Unternehmen hierfür Vorsorge getroffen hat, entstanden keine weiteren Auswirkungen für die Gesellschaft. In der Prognose besteht keine ausreichende Sicherheit über die Einnahmen für das Unternehmen. Dabei nimmt auch der Verkauf von Fahrausweisen für die DB AG eine nicht exakt zu bewertende Stellung ein. Wir wissen also nicht genau, wird der verkaufte Fahrausweis bei der DB AG genutzt oder in unserem Unternehmen. Das tritt erst mit der Verkehrserhebung zutage. (nächste Verkehrserhebung 2007)

Für große Besorgnis sorgte die Entscheidung des Bundes, die Regionalisierungsmittel für die Länder zu kürzen. Daraus entstanden auch Kürzungsabsichten für den übrigen Öffentlichen Personennahverkehr, also für den Busverkehr. Letztendlich ist diese Kürzung nicht so dramatisch ausgefallen, wie sie noch kurz vor Jahresende 2006 zur Diskussion stand. Immerhin werden dem Unternehmen im Jahr 2007 ca. 50 T€ als Förderungssumme gegenüber dem Jahr 2006 fehlen. Gleichzeitig war natürlich die Kürzung nach Koch/Steinbrück um 4 % der 45a-Mittel eine schwere Aufgabe für die Erreichung der gesteckten Ziele. Hinzu kam der weitere Rückgang der Schülerzahlen und die damit im Zusammenhang stehenden Einnahmeausfälle.

Nach wie vor ist die Schülerbeförderung das Haupteinnahmepotenzial für die Gesellschaft. Die demografische Entwicklung in der Uckermark und der daraus resultierende Rückgang der Schülerzahlen stellt ein Risikopotenzial für die Umsatzentwicklung im Unternehmen dar. Es ist aber zu relativieren, dass mit dem Rückgang der Schülerzahlen auch das Fahrtenangebot reduziert werden kann, so dass das Umsatzkostenverhältnis relativ ausgeglichen ist.

2.2 Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde



Aufgabe:

Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge gemäß § 2 Abs. 1 Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz) vom 26.10.1995 in der derzeit geltenden Fassung.

Datum der Gründung:

16.12.1991

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Gemäß § 2 Abs. 1 Landkreisordnung i. V. m. § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz gehört der öffentliche Personennahverkehr zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte.

Gesellschaftszweck:

- Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Linienverkehr nach §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) mit Kraftfahrzeugen, auch grenzüberschreitend nach Polen, sowie die Gewährleistung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Raum Schwedt - Angermünde.
- Die Gesellschaft ist Inhaber der Linienkonzessionen nach § 42 PBefG.

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital: 25.564,59 EUR

Gesellschafteranteile am Stammkapital

LK Uckermark = 50%

Stadt Schwedt = 50%

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführer: *Herr Jürgen Crusius*

Gesellschafterversammlung:

Herr Klemens Schmitz

Herr Jürgen Polzehl

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus sechs Mitgliedern besteht. Die Gesellschafter entsenden in den Aufsichtsrat je drei Mitglieder.

Landkreis Uckermark:

Frau Barbara Rückert (Vorsitzende)

Frau Leonore Armbruster

Herr Wolfgang Lichtenberg

Stadt Schwedt/Oder:

Frau Elke Grunwald

Herr Hans-Joachim Höppner

Herr Rolf Kraatz

Beschäftigte:

Beschäftigte 141, davon Lohnempfänger 117, Gehaltsempfänger 24, zuzüglich 9 Auszubildende

PVG in Zahlen

Aktiva

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	37.105,03	77.401,17
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	1.179.583,01	1.234.620,20
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	3.949.947,45	3.282.925,91
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	287.324,29	404.209,98
	5.416.854,75	4.921.756,09
	5.453.959,78	4.999.157,26
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	171.408,05	190.349,97
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	226.619,37	134.393,90
2. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 202.993,76; Vorjahr € 194.979,09)	360.415,13	693.213,51
	587.034,50	827.607,41
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	973.287,84	1.496.100,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.745.364,23	2.902.528,22
	4.477.114,62	5.416.585,60
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44.183,90	17.704,45
	9.975.258,30	10.433.447,31

Passiva

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage	4.393.107,00	4.393.107,00
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	2.525.088,48	2.525.088,48
IV. Bilanzgewinn/Vorjahr Bilanzverlust	90.027,40	-47.964,72
	7.033.787,47	6.895.795,35
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	202.993,76	194.979,09
2. Sonstige Rückstellungen	1.982.979,19	2.422.977,85
	2.185.972,95	2.617.956,94
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	21.911,59
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	225.579,36	357.381,18
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 99.325,33; Vorjahr € 93.035,74) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 18.791,64; Vorjahr € 138.500,29)	504.237,90	517.062,91
	729.817,26	896.355,66
D. Rechnungsabgrenzungsposten	25.680,62	23.339,36
	9.975.258,30	10.433.447,31

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	2006		2005	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		5.394.395,79		5.394.893,84
2. Allgemeine Zuwendungen nach § 8 Abs. 4 PBefG		2.758.700,00		2.758.700,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		511.656,77		585.144,92
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.641.129,07		1.641.864,81	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	610.759,97	2.251.889,04	538.696,94	2.180.561,75
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	3.673.293,59		3.946.938,75	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 153.624,46; Vorjahr € 184.905,42)	963.361,77	4.636.655,36	985.959,46	4.932.898,21
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.098.759,81		1.006.112,62
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		605.558,09		568.664,52
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		81.805,23		70.927,12
9. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		3.900,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		649,78		2.279,52
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		153.045,71		115.249,26
12. Sonstige Steuern		15.053,59		16.782,87
13. Jahresüberschuss		137.992,12		98.466,39
14. Verlustvortrag		47.964,72		146.431,11
15. Bilanzgewinn/Vorjahr Bilanzverlust		90.027,40		-47.964,72

Auszug Geschäftsverlauf

Das Unternehmen unterbreitete mit einer umfangreichen Fahrplänegestaltung zum Dezember 2005 den Kunden des öffentlichen Personennahverkehrs eine Palette an neuen Linienführungen und Anschlussverbindungen. Sehr positiv nahmen die Fahrgäste in Angermünde das Angebot an. Die gute Auftragslage im Schienenersatzverkehr auf Grund von Baumaßnahmen auf der Strecke Angermünde – Stettin nutzte das Unternehmen ebenso zur Darstellung ihrer qualitativen hochwertigen Leistungserstellung im Linienbusverkehr.

Die Tarife des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg blieben im Jahr 2006 unverändert. Die Verkehrsunternehmen konnten die notwendigen Tarifmaßnahmen um ca. 3% Erhöhung nicht realisieren. Dadurch sind Mindereinnahmen entstanden, welche durch folgende Tarifierpassungen kurzfristig nicht vereinnahmt werden können.

Das Unternehmen steht Neuentwicklungen weiterhin offen gegenüber. Ein neues System soll den Reisenden das nahtlose Umsteigen von der Bahn auf den Bus garantieren. Möglich wird dies durch die VDV-Schnittstelle 453/454, die eine Verbindung zwischen dem Hauptrechner des rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) der Personenverkehrsgesellschaft in Angermünde und dem Rechner der Deutschen Bahn in Frankfurt/Main her-

stellt. Durch die Schnittstelle erfährt der Busfahrer auf seinem Bordcomputer von der voraussichtlichen Ankunftszeit des Zuges. Bei leichten Verspätungen im Fahrplan erhält der Fahrer die Information, dass er eine vordefinierte Zeit auf den Zubringer warten muss.

Die beförderten Personen bei der PVG haben sich im Vorjahresvergleich um 2,5 % auf 3,962 Mio. Fahrgäste reduziert. Im Jahr 2005 lag die Zahl der beförderten Personen noch bei 4,063 Mio. Einen Einnahmerückgang gab es im Linienverkehr mit 11,00 %. Die Erstattungs- und Ausgleichbeträge sind gegenüber dem Vorjahr für den Ausbildungsverkehr um 4,17 % (T€76) gesunken sowie bei der Schwerbehindertenbeförderung um 154,52 % gestiegen. Der Ausgleich für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen ist in geplanter Höhe vereinnahmt worden.

Im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2000 überprüft und bewertet die Personenverkehrsgesellschaft mbH Schwedt/Angermünde regelmäßig ihre Lieferantenbeziehungen. Gleichzeitig wird das System benutzt, um Organisationsvorteile für das Unternehmen zu erreichen. Jährlich findet ein Managementreview statt.

Mit der Reformierung der ÖPNV-Finanzierung schlug das Land Brandenburg neue Wege ein. Der finanzielle Gestaltungsspielraum ist stärker denn je durch die Aufgabenträger in den Landkreisen geprägt. Damit einher geht die deutliche Reduzierung des Verwaltungsaufwandes zum Beispiel bei den Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr. Die Leistung und die Qualität der erbrachten Arbeit der PVG werden stärker und direkter durch lokale Kontrollstrukturen begutachtet. Ziel muss es sein, dass die PVG im Wettbewerb eine qualitativ hochwertige und preislich attraktive Bedienung der Fahrgäste kontinuierlich gewährleistet. Rahmenverträge mit dem Landkreis Uckermark zeigen eine gute Entwicklungsperspektive auf, die es zu nutzen gilt.

Der VBB hat mit den Verkehrsunternehmen ein komplexes Einnahmenaufteilungsverfahren vereinbart. Das Einnahmenaufteilungsverfahren bedarf einer umfangreichen Datenaufbereitung und Abstimmungsrunden zwischen dem VBB und den Verkehrsunternehmen sowie auch unter den Verkehrsunternehmen selbst. Eine zeitnahe Auswertung und Ergebnisse innerhalb von 3 Jahren konnten bisher nicht realisiert werden. Damit es durch die späte Einnahmenaufteilung nicht zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei der Liquidität kommt, sorgt die PVG durch eine angemessene Rückstellung vor.

3 Verkehrsunternehmen aus der Uckermark und dem Barnim, die PVG, die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft Templin und die Barnimer Busgesellschaft gründeten im Jahr 2006 die „Unternehmensservice Brandenburg Nord-Ost“. Eine immer schwierigere Finanzsituation und der starke Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr verlangen neue Formen der Zusammenarbeit. Der Busverkehr muss kreisübergreifend besser organisiert werden und logistisch eine neue Qualität erreichen. Die gegenseitigen Serviceleistungen auf den Gebieten des Personalwesens, der Lohnbuchhaltung, dem Einkauf und der Fahrplanerstellung sollen zu kostengünstigeren Unternehmensdienstleistungen führen.

In der Unternehmensplanung für das Jahr 2007 wird angenommen, dass die Linienverkehrserlöse um 1,1 % steigen und die Personalaufwendungen um 1,1 % gegenüber dem Plan 2006 sinken. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass die Finanzierungsmittel für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen geringer als im Berichtsjahr zur Verfügung stehen werden.

2.3 Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH



Gesellschaftszweck:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.

Datum der Gründung:

30.12.1996

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Gemäß § 5 Abs. 3 Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV – Gesetz) vom 26.10.1995 ist der öffentliche Zweck gegeben.

Aufgabe:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzepts und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplanes,
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems,
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet,
- Vergabe der SPNV-Leistungen,
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger,
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund

- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet,
- Erarbeitung einheitlicher und qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebiets nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger,
- Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger,
- Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführer:

Herr Hans-Werner Franz

Aufsichtsrat:

Vertreter des Landkreises Uckermark:

Herr Landrat Klemens Schmitz

Gesellschafterversammlung:

Vertreter des Landkreises Uckermark:

Herr Landrat Klemens Schmitz

Beirat der Gesellschafter:

Vertreter des Landkreises Uckermark:

Herr Thomas Hoffmann (stellv. Vors.)

Beirat der Verkehrsunternehmen:

Vertreter des Landkreises Uckermark:

Herr Jürgen Crusius (PVG)

Herr Hartwig Winands (UVG)

Beschäftigte:

Geschäftsführer	1
Mitarbeiter (unbefristet)	60
Mitarbeiter (befristet)	2
Praktikanten	2
Auszubildende	5

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital 324.000 EUR

Gesellschafter

Land Berlin:	108.000 EUR
Land Brandenburg:	108.000 EUR
Stadt Brandenburg	6.000 EUR
Stadt Frankfurt (Oder):	6.000 EUR
Stadt Potsdam:	6.000 EUR
Stadt Cottbus	6.000 EUR
Landkreise:	
Barnim	6.000 EUR
Dahme-Spreewald	6.000 EUR
Elbe – Elster	6.000 EUR
Havelland	6.000 EUR
Märkisch – Oderland	6.000 EUR
Oberhavel	6.000 EUR
Oberspreewald-Lausitz	6.000 EUR
Oder-Spree	6.000 EUR
Ostprignitz-Ruppin	6.000 EUR
Potsdam-Mittelmark	6.000 EUR
Prignitz	6.000 EUR
Spree-Neiße	6.000 EUR
Teltow-Fläming	6.000 EUR
Uckermark	6.000 EUR

Auszug Geschäftsverlauf 2006

Die Geschäftstätigkeiten der VBB GmbH sind ausnahmslos im Zusammenspiel mit ihren Partnern zu sehen. Die VBB GmbH hat im Jahr 2006 keine Veränderungen in der Gesellschafterstruktur erfahren. Die Anzahl der kooperierenden Verkehrsunternehmen beträgt 42.

Das Jahr 2006 war geprägt von intensiven Verhandlungen zum Zeitpunkt und zur Ausgestaltung der Fahrscheintarifanpassung. Diese fanden ihren Abschluss am 06. Dezember 2006 mit der Beschlussfassung des Aufsichtsrats der VBB GmbH, eine moderate Tarifierhöhung ab dem 1. April 2007 durchzuführen. Die Einnahmearteilung für das Jahr 2002 wurde nach Fristverlängerung zum 31. März 2006 abgeschlossen. Die Einnahmearteilung für das Jahr 2003 wurde anschließend bis zum Jahresende 2006 abgeschlossen. Ferner hat der VBB die Fahrgastzahlen je Aufgabenträger gem. ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg für das Zuweisungsjahr 2007 bis zum Mai 2006 fortgeschrieben.

In enger Abstimmung mit den Gesellschaftern wurde ein anspruchsvolles Erhebungsdesign einer Marktforschung entwickelt, die Folgendes leisten soll: Beschreibung des Mobilitätsverhaltens und der Verkehrsmittelwahl, Analyse der Wahrnehmung und Bewertung des aktuellen Tarifsystems durch die Kunden sowie eine kundengruppenspezifische Analyse und Ableitung von Preiselastizitäten und Zahlungsbereitschaften. Die Ergebnisse lagen zum IV. Quartal 2006 vor und lieferten bereits für die Beschlussfassung zur Tarifanpassung am 1. April wertvolle Hinweise.

2006 war mit der Fußball-WM, der Eröffnung des Nord-Süd-Tunnels und des Berliner Hauptbahnhofs, der Kürzung der Regionalisierungsmittel ein Jahr mit vielen Großereignissen. Der VBB hat diese besondere Situation genutzt, um die Relevanz des ÖPNV als umweltfreundlichem Mobilitätsgarant sowie seine Leistungsfähigkeit in Berlin und Brandenburg herzustellen. Der VBB-Internetauftritt wurde deutlich verbessert. Die Zahl der Kundenkontakte des VBB-Infocenters steigt weiter. Im Frühsommer 2006 erschien die VBB-Freizeitkarte „Uckermark“.

Im Zuge der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene wurde im Juni 2006 von Bundestag und Bundesrat das Begleitgesetz zum Bundeshaushalt verabschiedet, das eine Kürzung der Regionalisierungsmittel um 2,3 Mrd. EUR für die Jahre 2006-2010 vorsieht. Das Land Brandenburg hat ein Kompensationskonzept erarbeitet, das Einsparungen in vielen Bereichen des ÖPNV vorsah. In Folge dessen bestellte das Land Brandenburg die SPNV-Bedienung auf einigen Strecken ab (u.a. Templin-Joachimsthal). Zur Sicherstellung der Mobilität stimmte der VBB gemeinsam mit den betroffenen Aufgabenträgern vor Ort Busersatzleistungen ab, für die das Land eine Kompensation leisten wird. Die Spitzabrechnung gegenüber den Landkreisen wird der VBB übernehmen.

Zwischen Januar und März 2006 fanden Regionalkonferenzen für das Fahrplanjahr 2007 statt. Nach der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes auf Bundesebene wurde eine Reihe von Sonderregionalkonferenzen im September 2006 notwendig, um die Auswirkung der Kürzung der Regionalisierungsmittel zu diskutieren. Die Koordinierung des Fahrplanabstimmungsprozesses zwischen Bus und Bahn gelang 2006 zwar besser, ist aber noch nicht optimal.

Einschneidende Änderungen ergaben sich aus der Eröffnung des Nord-Süd-Tunnels und des neuen Berliner Hauptbahnhofs am 28. Mai 2006. Regionallinien in Nord-Süd-Richtung verkehren seitdem nicht mehr auf der Stadtbahn. Dieses führt auf den betroffenen Linien zu einer erheblichen Fahrzeitverkürzung und entlastet die Stadtbahnstrecke.

In seiner letzten Sitzung im Jahr 2005 hatte der Aufsichtsrat die Geschäftsführung beauftragt, Möglichkeiten der Einführung eines elektronischen Ticketings zu untersuchen. Es besteht nun Einigkeit, dass eine Implementierung nicht von einzelnen Verkehrsunternehmen erfolgen kann, sondern nur abgestimmt und verbundkonform.

Die Nutzung von Istdaten aus den betrieblichen Leitsystemen der Verkehrsunternehmen für die unternehmensübergreifende Fahrgastinformation bzw. Anschlusssicherung an Verknüpfungspunkten hat im Jahr 2006 erhebliche Fortschritte gemacht. Zwischenzeitliche Vorstöße der Deutschen Bahn AG, die für die Überlassung der RBL-Daten Lizenzgebühren forderte, wurden abgewährt.

Zukünftige Chancen der VBB GmbH ergeben sich, wenn es gelingt, gegenüber den Gesellschaftern Synergiepotenziale im gesamtverkehrlichen Geschehen aufzuzeigen, die sie über die VBB GmbH realisieren können. Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in die Arbeit der VBB zu stärken, neue Aufgaben und damit finanzielle Mittel zu akquirieren.

VBB in Zahlen**AKTIVA**

	EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	23.912,00	35
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	295.869,86	318
	<u>319.781,86</u>	<u>353</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.510,54	3
2. Waren	12.422,21	18
	13.932,75	21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	167.836,88	82
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	275.953,07	332
	443.789,95	414
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.828.276,79	1.182
	<u>2.285.999,49</u>	<u>1.617</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.842,20	2
	<u>2.609.623,55</u>	<u>1.972</u>
Treuhandvermögen		
Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen aus dem Semesterticket	EUR 1.269.355,61 (i. V. EUR 856.636,92)	
Treuhandmittel der Deutschen Bahn aus der Anerkennung der BahnCard	EUR 148.283,50 (i. V. EUR 183.170,62)	
Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen der Einnahmenaufteilung	EUR 5.260.807,40 (i. V. EUR 61.318,74)	

PASSIVA

	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	324.000,00	324
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	72.549,29	86
C. Sonderposten für Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	228.126,56	264
D. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	784.437,91	692
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	223.044,45	68
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	807.785,17	395
3. Sonstige Verbindlichkeiten	169.680,17	143
davon aus Steuern:		
EUR 0,00 (i.V. TEUR 2)		
davon im Rahmen sozialer Sicherheit:		
EUR 755,12 (i.V. TEUR 0)		
	<u>1.200.509,79</u>	<u>606</u>
	<u>2.609.623,55</u>	<u>1.972</u>

Treuhandverbindlichkeiten	
Treuhandmittel der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen aus dem Semesterticket	EUR 1.269.355,61 (i.V. EUR 856.636,92)
Treuhandmittel der Deutschen Bahn aus der Anerkennung der BahnCard	EUR 148.283,50 (i.V. EUR 183.170,62)
Treuhandkonto der Verkehrsunternehmen aus Einnahmen der Einnahmenaufteilung	EUR 5.260.807,40 (i.V. EUR 61.318,74)

Anmerkung: Verbindlichkeiten aus Krediten bestehen nicht

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006**

	EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse	924.966,94	818
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	6.509.975,49	7.316
3. Sonstige betriebliche Erträge	754.342,04	719
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-12.729,68	-12
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-819.127,03	-709
	-831.856,71	-721
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.753.054,98	-2.579
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-771.685,36	-835
	-3.524.740,34	-3.414
6. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-135.944,18	-106
b) Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	15.534,60	19
c) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	-3
	-120.409,58	-90
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.757.629,65	-4.592
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45.687,87	45
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	336,06	81
10. Sonstige Steuern	-336,06	-81
11. Jahresüberschuss	0,00	0



2.4 Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH

Aufgabe:

Als Beauftragter Dritter im Sinne von § 16 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes realisiert die UDG die Abfallentsorgung im Landkreis Uckermark.

Datum der Gründung:

28.05.1993,
14.07.2004 Neufassung Gesellschaftsvertrag als UDG mbH

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Gem. § 2 Abs. 1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes (BbgAbfG) ist der Landkreis öffentlich rechtlicher Entsorgungsträger im Sinne von § 13 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG). Der Landkreis erfüllt diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe.

Gesellschaftszweck:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Abfallentsorgung im Landkreis Uckermark im Sinne der Abfallgesetze des Bundes und des Landes. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Maßnahmen zur Entsorgung und Vermeidung von Abfällen, das Einsammeln und Befördern von Abfällen, die Planung, Errichtung und Betreibung von Abfallbehandlungsanlagen sowie die Schließung und Rekultivierung von Abfalldeponien einschließlich der Kalkulation und Erhebung der Gebühren durchzuführen.

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital: 25.600 EUR

Gesellschafteranteile am Stammkapital
LK Uckermark = 100%

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführer:

Herr Thomas Hacker

Gesellschafterversammlung:

Herr Landrat Klemens Schmitz

Aufsichtsrat:

Sieben Mitglieder stellt der Kreistag, daneben sind der Landrat und ein von ihm Beauftragter Mitglied:

Herr Landrat Klemens Schmitz (Vorsitzender)

Herr Reinhold Klaus (1. Beigeordneter)

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach (MdK, stellvertretender Vorsitzender)

Frau Barbara Rückert (MdK)

Herr Bernd Hartwich (MdK)

Herr Rolf Kraatz (MdK)

Herr Joachim Krüger (MdK)

Herr Wilfried Paesler (MdK)

Herr Gerd Regler (MdK)

Beschäftigte:

80 durchschnittlich Beschäftigte, daneben 3 Auszubildende und 4 geringfügig Beschäftigte

UDG in Zahlen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	€	€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse		12.454.091,99	11.123
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>142.921,56</u>	<u>292</u>
		12.597.013,55	11.415
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>6.600.733,82</u>	6.600.733,82	<u>8.053</u>
		5.996.279,73	8.053
			3.362
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.135.693,54		1.246
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	521.555,83		277
davon für Altersversorgung: € 95.480,86			
		<u>2.657.249,37</u>	<u>1.523</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.544.157,87	499
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>1.501.374,09</u>	<u>1.090</u>
Betriebsergebnis		293.498,40	250
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.650,23	13
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>157.674,45</u>	<u>37</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		139.474,18	226
10. Sonstige Steuern		<u>22.085,07</u>	<u>4</u>
11. Jahresüberschuss		117.389,11	222

Bilanz

zum

31. Dezember 2006

Aktiva	€	€	Bilanz zum Vorjahr T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		82.051,50	93
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	2.326.823,10		1.436
2. Technische Anlagen und Maschinen	340.952,50		432
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.500.011,50		2.805
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>315.515,35</u>		<u>657</u>
		6.483.302,45	5.330
III. Finanzanlagen		<u>1,00</u>	<u>0</u>
		6.565.354,95	5.423
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	887.379,05		776
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>43.909,84</u>		<u>286</u>
		931.288,89	1.062
II. Kassenbestand, Bundesguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		<u>161.917,95</u>	<u>910</u>
		1.093.206,84	1.972
C. Rechnungsabgrenzungsposten		88.109,43	76
Summe der Aktiva		<u><u>7.746.671,22</u></u>	<u><u>7.471</u></u>

31. Dezember 2006		Passiva	
	€	€	Vorjahr T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.600,00	26
II. Kapitalrücklage		2.081.501,53	2.082
III. Verlustvortrag		384.912,74	607
IV. Jahresüberschuss		<u>117.389,11</u>	<u>222</u>
		1.839.577,90	1.723
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		91.259,00	87
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.392.331,89		3.568
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.432.887,27		2.056
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>990.615,16</u>		<u>37</u>
davon aus Steuern: € 164.624,60			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 21,74			
		5.815.834,32	5.661
Summe der Passiva		<u>7.746.671,22</u>	<u>7.471</u>

Auszug Geschäftsverlauf 2006

Die Entwicklung der UDG GmbH war 2006 durch die Übernahme des operativen Geschäfts gekennzeichnet. Die UDG hat zum 01.01.2006 das Einsammeln und Transportieren des Hausmülls, Sperrmülls und des Elektronikschrotts übernommen. Bis zum 31.12.2005 wurde dieses Aufgabenfeld durch drei Entsorger im Landkreis durchgeführt.

Ein weiterer wichtiger Bereich war die Rekultivierung der Deponie in Milmersdorf. Von März bis Dezember 2006 wurden auf der Deponie Maßnahmen in einem Gesamtumfang von T€3.717 realisiert, davon T€451 durch die UDG in Eigenregie.

Wichtige Investitionen waren die Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes, die Komplettierung des Fuhrparks, der Neubau einer Fahrzeughalle und der Ausbau des Wertstoffannahmehofes.

Zum 01.06.2006 wurde das Einsammeln, Transportieren und Verwerten des Papiers ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt die Firma ALBA Magdeburg GmbH. Für die UDG war die Ausschreibung dahingehend ein Erfolg, da diese Leistung nunmehr durch den Auftragnehmer vergütet wird. Durch die Vergütung ist die Refinanzierung der angeschafften Papiertonnen und Behälter gesichert.

Des Weiteren wurden in 2006 wichtige Kreistagsbeschlüsse gefasst und deren Umsetzung vorbereitet. So beschloss der Kreistag sowie die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwedt/Oder im September 2006 die Abfallentsorgung der Stadt Schwedt/Oder wieder in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises Uckermark zu übertragen. Die Leistung in Schwedt/Oder wird aber nicht von der UDG selbst erbracht, sondern dort ist die AWU Schwedt GmbH beauftragt.

Die wirtschaftliche Lage der UDG ist nur teilweise von der Entwicklung in der Abfallbranche abhängig. Insbesondere bezieht sich die Abhängigkeit auf die Bereiche, in denen das Unternehmen nicht direkt an der Wertschöpfung beteiligt ist. Das trifft insbesondere auf den Markt der Restabfallbehandlung zu.

Künftige Risiken ergeben sich insbesondere aus den politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Der gegenwärtige Kreistag hat alle Wege geebnet, die Abfallentsorgungen in Form einer 100%-igen Eigengesellschaft durchführen zu lassen. Die entsprechenden Verträge sind so gestaltet, dass die UDG sowohl als Beauftragter die technische Durchführung von hoheitlichen Aufgaben als auch als Entsorgungunternehmen das Einsammeln und Transportieren des Hausmülls, Sperrmülls u. a. Aufgaben für den Landkreis Uckermark erledigt. Dazu gehören u. a. auch die Bewirtschaftung und Rekultivierung der Deponien sowie die Betreibung der Wertstoffannahmehöfe. Wie eine künftige EU-, Bundes- und Landesrechtssprechung den Rahmen dieser Aufgabenwahrnehmung setzt, ist schwer zu beurteilen.

2.5 Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH



Datum der Gründung:

20.08.1997

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern ist gemäß § 1 Abs. 2 und 3 Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg (LKGBbg) eine öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und kreisfreien Städte.

Aufgabe und Gesellschaftszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion einer geschäftsleitenden Holdinggesellschaft für Unternehmen und Einrichtungen privaten Rechts im Gesundheits- und Sozialbereich. Dies betrifft u. a. das Medizinisch Soziale Zentrum Uckermark gGmbH.

Die Gesellschaft wird die Beibehaltung der bisherigen Klinikstandorte gewährleisten. Die Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Krankenhaustandorte ist Auftrag und Verpflichtung der GLG.

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital: 50.000,00 EUR

Gesellschafteranteile am Stammkapital:

LK Barnim 71,1 %

LK Uckermark 25,1 %

Stadt Eberswalde 3,8 %

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführer:

Herr Harald Kothe-Zimmermann

Herr Matthias Lauterbach

Frau Ingrid Greschus

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Landkreises Uckermark:

Herr Landrat Klemens Schmitz

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern.

Vorsitzender:

Herr Landrat Bodo Ihrke

Aus dem Landkreis Uckermark gehören dem AR der Landrat und drei Kreistagsmitglieder an:

Herr Landrat Klemens Schmitz

Dr. Hans-Otto Gerlach (MdK)

Frau Barbara Rückert (MdK)

Frau Irene Wolff-Molorciuc (MdK)

Beschäftigte

26 Arbeitnehmer bei der Holding

2027 Mitarbeiter im gesamten Konzern

Holdinggesellschaften

- Klinikum Barnim GmbH, Werner Forßmann Krankenhaus mit den Töchtern REHAZENT Eberswalde GmbH und Ambulanter Pflegedienst Eberswalde GmbH
- Medizinisch Soziales Zentrum Uckermark gGmbH (Krankenhäuser Angermünde und Prenzlau) mit ihrer Tochter MVZ Prenzlau GmbH
- Gesundheitszentrum-Verwaltungs GmbH Eberswalde
- Medizinische Einrichtungs-GmbH
- Martin Gropius Krankenhaus GmbH

GLG in Zahlen

Bilanz zum 31. Dezember 2006							
Aktiva	31.12.2006 EUR	31.12.2006 EUR	Vorjahr TEUR	Passiva	31.12.2006 EUR	31.12.2006 EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00		25,6
- Betriebs- und Geschäftsausstattung		62,00	0,1	II. Kapitalrücklage	16.478.859,09		9.071,3
II. Finanzanlagen				III. Verlustvortrag	-662.890,41		-693,2
- Anteile an verbundenen Unternehmen		16.601.074,54	16.083,1	IV. Jahresüberschuss	390.481,26	16.256.449,94	30,3
B. Umlaufvermögen				- Sonderposten für zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen		0,00	7.432,0
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				B. Rückstellungen			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	254.964,35		33,6	- Sonstige Rückstellungen		184.880,00	153,0
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00				C. Verbindlichkeiten			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	-50.793,26	305.757,61	2,1	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.856,11		86,0
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00			(0,0)	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 15.856,11			(86,0)
II. Guthaben bei Kreditinstituten		249.419,99	112,2	- davon gegenüber Gesellschaftern: EUR 33,29			(0,0)
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.018,25	0,5	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	633.416,49		86,1
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 160.054,86			(86,1)
				3. Sonstige Verbindlichkeiten	68.729,85	718.002,45	40,5
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 68.729,85			(40,5)
				- davon aus Steuern: EUR 66.317,95			(39,1)
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00			(0,0)
		<u>17.159.332,39</u>	<u>16.231,6</u>			<u>17.159.332,39</u>	<u>16.231,6</u>

Anmerkung: Verbindlichkeiten aus Krediten bestehen nicht

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	<u>2006</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Vorjahr</u> TEUR
1. Umsatzerlöse		2.214.042,63	1.455,3
2. Sonstige betriebliche Erträge		46.514,30	48,5
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.404.078,14		-1.065,7
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-255.479,64</u>	-1.659.557,78	-196,9
- davon für Altersversorgung: EUR 26.916,78			(22,2)
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		-63,00	-0,1
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-476.369,26	-213,0
6. Erträge aus Beteiligungen		284.237,52	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 284.237,52			(0,0)
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		810,76	2,4
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00			(0,0)
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>-18.565,76</u>	<u>0,0</u>
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 18.565,76			(0,0)
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>391.049,41</u>	<u>30,5</u>
10. Sonstige Steuern		<u>-568,15</u>	<u>-0,2</u>
11. Jahresüberschuss		<u>390.481,26</u>	<u>30,3</u>

Auszug Geschäftsverlauf 2006

Der Landkreis Barnim, der Landkreis Uckermark und die Stadt Eberswalde haben ihre Aktivitäten im Gesundheitswesen unter dem Dach der GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH zentral gebündelt. Als wichtigste gesundheitspolitische Ziele hervorzuheben sind die Erfüllung des Versorgungsauftrages der Landkreise Barnim und Uckermark, Maßnahmen zur Stärkung des Krankenhausverbundes, die Absicherung ambulanter Leistungen bei Versorgungsbedarf und der Aufbau moderner Leistungsangebote wie Telemedizin.

Die GLG hat die Funktion einer geschäftsleitenden Gesundheitsholding für eine Reihe von Unternehmen und Einrichtungen privaten Rechts im Gesundheits- und Sozialbereich, z. B.

- Klinikum Barnim GmbH, Werner Forßmann Krankenhaus mit ihren Tochtergesellschaften und Beteiligungen REHAZENT Ambulante Rehabilitation Eberswalde GmbH und Ambulanter Pflegedienst Eberswalde GmbH
- Medizinisch-Soziales Zentrum Uckermark gGmbH mit ihrer Tochtergesellschaft MVZ Prenzlau GmbH,
- Gesundheitszentrum-Verwaltungs GmbH Eberswalde,
- Medizinische Einrichtungs- GmbH Medicus Center Eberswalde
- Martin-Gropius Krankenhaus GmbH.

2006 wurden die Beschlüsse des Kreistages vom 09.11.2005 vollzogen. Bereits im Dezember 2005 hat der Landkreis Uckermark als alleiniger Gesellschafter der MSZ gGmbH mit einem Stammkapital von 2.469.550,00 EUR seinen Geschäftsanteil durch Einbringungsvertrag vom 22.12.2006 als Sacheinlage auf die GLG übertragen. Anlässlich der Aufnahme des Landkreises Uckermark als weiteren Gesellschafter wurde im Dezember 2005 eine Erhöhung des Stammkapitals der GLG um 24.435,41 auf 50.000,00 € beschlossen. Die Erhöhung des Stammkapitals wurde am 27.01.2006 in das Handelsregister eingetragen und ist in der Bilanz zum 31.12.2006 als gezeichnetes Kapital ausgewiesen.

Die drei Gesellschafter sind damit an der GLG wie folgt beteiligt: Landkreis Barnim mit 35.550,00 € (71,1 %), Landkreis Uckermark 12.550,00 € (25,1 %) und Stadt Eberswalde mit 1.900,00 € (3,8 %).

Das Geschäftsjahr 2006 stand für die GLG im Zeichen der Integration der MSZ Uckermark gGmbH und der Martin Gropius Krankenhaus GmbH in die neuen Strukturen des Unternehmens. Schwerpunkte lagen im Baugeschehen, in der internen Organisation, dem Personalmanagement und in wichtigen Projekten der Stärkung der Region.

Im Januar 2006 konnten Ärzte ihre Praxen im MVZ Prenzlau GmbH eröffnen und so die ambulante Versorgung verbessert werden. Im September 2006 konnte die Sanierung des Altbaus des Krankenhauses Angermünde beendet werden. Für das Kreiskrankenhaus Prenzlau sind Planungsarbeiten bezüglich des Teilneubaus des OP-Bereichs und der Sanierung der Intensivstation vorgenommen worden.

Neben Zentralisierungen in der Verwaltung, im Personalwesen und im Beschaffungswesen ist eine Krankenhausstandorte übergreifende Pflegedirektion und Patientenverwaltung eingerichtet worden. Durch die Vergrößerung des Konzerns konnten extern vergebene Serviceaufgaben der Reinigung in der MSZ Uckermark gGmbH in die konzerneigene GZG Gesundheitswesen Verwaltungs-GmbH Eberswalde geführt werden.